

International Confederation of European Beet Growers

CONFEDERATION INTERNATIONALE
DES BETTERAIVIERS EUROPEENS

CONFEDERAZIONE INTERNAZIONALE
DEI BIETICOLTORI EUROPEI



INTERNATIONALE VEREINIGUNG
EUROPÄISCHER RÜBENANBAUER

MI_DZYNARODOWA KONFEDERACJA
EUROPEJSKICH PLANTATORÓW BURAKA

111/9 Boulevard Anspachlaan – B-1000 Brussels
Tel: +32 2 504 60 90 – Fax: +32 2 504 60 99
cibeoffice@cibe-europe.eu – www.cibe-europe.eu

CIBE- Pressemitteilung

Brüssel, 7 September 2011

Europäische Zuckerrübenanbauer reagieren auf Gerüchte und Veröffentlichungen durch die EU-Kommission

In den letzten Tagen hat die Presse Gerüchte auf der Grundlage von Informationen aus der EU-Kommission verbreitet. Diese Gerüchte beschäftigen sich mit der Zukunft der Gemeinsamen Marktordnung für Zucker, die Teil der für Mitte Oktober 2011 erwarteten Vorschläge [für die Gemeinsame Agrarpolitik 2014-2020] sein wird. Demnach kündigt die Kommission einen Monat vor dem vorgesehenen Datum und unmittelbar zu Beginn der internen Abstimmung zwischen den Kommissionsdiensten über die Medien das Ende der gegenwärtigen Zuckermarktordnung und ihrer marktintervenierenden Instrumente für 2016 an.

Wir nehmen den Vorschlag zur Verlängerung der gegenwärtigen Marktordnung um ein Jahr zur Kenntnis, halten eine derart kurze Übergangsperiode jedoch für radikal und somit diesen Vorschlag für grundlos. Er wird noch nicht einmal durch die "Wirkungsstudie", die jüngst durch die Kommissionsdienste verbreitet wurde, gestützt. Denn diese Studie, die nebenbei gesagt provokativ und zweifelhaft im Hinblick auf einige ihrer Feststellungen ist, führt in keiner Weise zu dem Schluss, dass die Abschaffung der Quote die beste Lösung für unseren Sektor wäre.

Darüber hinaus sind die Annahmen, die dem beschriebenen Szenario in der „Wirkungsstudie“ hinterlegt wurden, völlig inkonsistent. Zum Beispiel dürfte die Abschaffung der Quoten in Verbindung mit einer Preissenkung für Zuckerrüben um 20 % bis 2020 gegenüber 2009/10 (und rund 50 % gegenüber 2006/07) sicher nicht zu einer Zunahme der Rübenproduktion führen, wie behauptet wird, weil die Zuckerrübe in ihrer relativen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen landwirtschaftlichen Kulturen zurückfiele.

Die Ergebnisse dieses Szenarios für Zuckerrübenanbaufläche und -erzeugung (knapp 2 % Zunahme bis 2020) sind absolut verkehrt und führen in eine völlig falsche Richtung. Wenn es darum geht, unsere Rübenerzeugung und unsere Zuckerexporte zu steigern, zeigt die in unseren Anbaugebieten soeben beginnende Kampagne 2011/12 deutlich, dass eine Zunahme der Anbaufläche um rund 3 % und sehr gute Erträge zu einem geschätzten Produktionszuwachs von rund 13 % gegenüber 2010/11 führt. Deshalb ist es nicht notwendig, alle marktintervenierenden Instrumente des Sektors abzuschaffen, um wirksam auf die Nachfrage zu reagieren.

Die europäischen Zuckerrübenanbauer möchten erneut darauf hinweisen, dass die Instrumente der Zuckermarktordnung ihre Effektivität in extremen Überschuss- und Mangelsituationen bewiesen haben. Deshalb wollen sie ihre Prioritäten für die Zukunft noch einmal wiederholen, die eine Verlängerung der Zuckermarktordnung mit Quoten und einem Rübenmindestpreis bis 2020 beinhalten. Sie möchten nochmals die vor ihnen liegenden Herausforderungen unterstreichen, insbesondere wie

- ein Gleichgewicht des Zuckermarktes in Europa sichergestellt werden kann,
- mit der extremen Volatilität der Weltmarktpreise für Zucker umgegangen werden kann,
- die Einkommen der Rübenanbauer erhalten und eine gerechte Verteilung der Gewinne aus der Rübenverarbeitung zwischen Anbauern und Zuckerunternehmen herbeigeführt werden können.

Der durchgesickerte Vorschlag der Kommission ignoriert diese Herausforderungen und passt nicht mit den Zielen, die die Kommission selbst in ihrer Veröffentlichung im November 2010 definiert hat, zusammen. Der Vorschlag ignoriert auch den Beschluss des EU-Parlaments vom Juni 2011 über die Gemeinsame Agrarpolitik bis 2020.

Die europäischen Rübenanbauer hoffen nun, da die interne Abstimmung zwischen den Kommissionsdiensten beginnt, eine transparente und konstruktive Diskussion mit den europäischen Institutionen auf der Grundlage einer vernünftigen und wohl fundierten Analyse in den nächsten Monaten führen zu können.